

<b>Vorlage Nr. 55/2023</b>		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

**Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes Jugendbildungsreferent:in queere Jugendarbeit für die Abteilung Jugend- und Frauenförderung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen**

**A Problem**

Die Pluralisierung unserer Gesellschaft stellt junge Menschen vor diverse und besondere Herausforderungen. Viele verschiedene Lebensformen, -konzepte und -stile sowie eine vermeintliche Freiheit, diese nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können, bieten zum einen viele Entwicklungsmöglichkeiten, bringen zum anderen aber auch eine große Unsicherheit mit sich.

Im März 2015 hat die Bremische Bürgerschaft den „Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans\*- und Interphobie“ verabschiedet, in dem Ziele und Maßnahmen benannt sind, die einen konkreten Beitrag zum Abbau von Diskriminierungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans\*- und intergeschlechtlichen Menschen leisten sollen.

Der Magistrat ist ebenfalls zur Umsetzung des Landesaktionsplans aufgefordert. Der Magistrat bekennt sich zu einer Gesellschaft, in der queere Menschen ohne Diskriminierung und Gewalt leben können. Die Belange und Rechte von LGBTIQIA+ Menschen sollen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens gestärkt werden. Es soll ein respektvolles und inklusives Umfeld für queere Menschen in der Stadt Bremerhaven geschaffen werden. Hierzu hat sich die Koalition aus SPD, CDU und FDP im Koalitionsvertrag für die 21. Wahlperiode (2023-2027) bekannt.

Zur Umsetzung dieser Vorhaben für queere junge Menschen in der Stadt Bremerhaven soll die Stelle einer Jugendbildungsreferent:in/eines Jugendbildungsreferenten geschaffen werden. Diese Stelle wird in der Abteilung Jugend- und Frauenförderung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen angesiedelt und soll als ein neues Sachgebiet die Aufgaben für queere Jugendarbeit in der Stadt Bremerhaven bearbeiten. Die Umsetzung des „Landesaktionsplanes gegen Homo-, Trans\*- und Interphobie“ im Bereich Jugend wird angestrebt. Die Koordination, Begleitung und Initiierung queerer Jugendgruppen und die Schulung von Fachkräften sollen sichergestellt werden. Darüber hinaus soll der Queer AK Bremerhaven begleitet und eine Öffentlichkeitsarbeit angestrebt werden. Diese Arbeit wird in enger Abstimmung mit dem Stadtjugendring Bremerhaven durchgeführt. Mit der Stelle wird eine direkte Zuständigkeit bzw. Anlaufstelle, insbesondere für junge queere Menschen, und eine Schnittstelle zwischen ihnen und den einzubindenden Stellen der Verwaltung, Vereinen und freien Trägern geschaffen.

Zum Stellenplan 2024/2025 wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt. Ein Abwarten bis zur Rechtskraft des Haushaltes 2024/2025 ist jedoch nicht möglich, da künftig für die Durchführung des Christopher-Street-Days (CSD) keine Finanzmittel mehr aus dem Veranstaltungsfonds bereitgestellt werden und es Aufgabe der neu zu schaffenden Stelle sein wird, entsprechende Drittmittel zu akquirieren.

### **B Lösung**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt vorbehaltlich der Beschlussfassung des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 10 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) Jugendbildungsreferent:in queere Jugendarbeit für die Abteilung Jugend- und Frauenförderung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden können.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Auf der Grundlage der Personalaufwände 2023 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 78.100,00 € brutto/Jahr. Die Finanzierung wird im Dezernatsbereich IV sichergestellt.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes erfolgt gendergerecht.

Die besonderen Belange von Mädchen und Frauen wurden bei der Konzipierung des Projektes berücksichtigt.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

### **E Beteiligung / Abstimmung**

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen wird in seiner Sitzung am 05.10.2023 beteiligt.

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Im Rahmen der Besetzung des überplanmäßig anerkannten Bedarfes sind die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

Die Anbindung der Stelle an die Abteilung Jugend- und Frauenförderung ist mit dem Stadtjugendring erörtert und wird von dort befürwortet.

### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine. Die Veröffentlichung im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes ist sichergestellt.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt vorbehaltlich der Beschlussfassung des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 10 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) Jugendbildungsreferent:in queere Jugendarbeit für die Abteilung Jugend- und Frauenförderung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen.

Zum Haushalt 2024/2025 ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Melf Grantz  
Oberbürgermeister